

Sind indirekte Steuern wie Öko- oder Mehrwertsteuer unsozial?

Kurze Anmerkungen zu einem weit verbreiteten Missverständnis

von
Egbert Scheunemann

Stand: 21. Oktober 2005

Man hört und liest es, besonders in politisch links orientierten Kreisen, immer wieder: Eine Erhöhung indirekter Steuern, also etwa der Mehrwert- oder auch der Mineralölsteuer, verstanden als ökologische Lenkungssteuer, sei unsozial, weil dies Menschen mit kleinen Einkommen weit härter treffe als jene mit hohen – vor allem dann, wenn, wie in den letzten Jahren geschehen und von der großen neoliberalen Allparteienkoalition weiter projiziert, die direkten Steuern (Einkommens- und Körperschaftssteuer) zur Freude der Reichen immer weiter gesenkt werden (Senkung des Spitzensteuersatzes etc.).

Nun, schon der letztgenannte Konnex macht deutlich, dass es auf den gesamten sozial- und fiskalpolitischen Zusammenhang ankommt, um vernünftig beurteilen zu können, ob eine konkrete steuerpolitische Einzelmaßnahme als eher sozial gerecht oder ungerecht einzuschätzen ist.

Im Falle der Erhöhung der Mehrwertsteuer (etwa auf das durchschnittliche EU-Niveau von etwa 20 Prozent¹) ist zunächst einmal klar, dass diese mit einer Senkung der direkten Steuern nicht verbunden sein *muss*. Sie könnte ja auch mit einer *Anhebung* etwa des *Spitzensteuersatzes* auf seine ehemalige Höhe (von knapp 60 Prozent) verbunden werden – um mit dem erhöhten Steueraufkommen sämtliche Sozialleistungen (Renten, Arbeitslosengeld I und II, BAföG etc.) zu erhöhen, kleine Lohneinkommen steuerlich und von Sozialabgaben zu entlasten und ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm (ökologischer Umbau des Verkehrs- und Energiesystems, Ausbau des Bildungssystems etc.) und damit mehr Beschäftigung zu finanzieren!

Es kommt also schlicht darauf an, was man mit den steigenden Steuereinnahmen aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer konkret macht. Wird das gewachsene Steueraufkommen dazu verwendet, ausschließlich das untere Einkommensdrittel (und vor allem -fünftel) besser zu stellen, wäre eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ein überaus sozialer Akt! Man beachte, dass ausgerechnet in den Staaten, die als *Sozialstaaten par excellence* gelten, der Mehrwertsteuersatz mit 22 (Finnland) bis 25 Prozent (Schweden, Dänemark) im innereuropäischen wie internationalen Vergleich am höchsten ist!

Die Zahlung von indirekten Steuern, also auch die der Mehrwertsteuer, kann kaum (legal) umgangen werden (von Schmuggel etc. also einmal abgesehen) – ganz im Gegensatz zur Zahlung von direkten Steuern. Viele (legale) Steuerschlupflöcher ermöglichen es – wie sattsam bekannt – vor allem Viel- und Spitzenverdienern, sich vor dem Finanzamt arm zu rechnen. Es gibt kaum ein westliches Industrieland, in dem eine derartige Kluft, ein derartiges Gefälle zwischen *nominalen* Einkommenssteuersätzen und *faktisch* gezahlten Steuern existiert wie in Deutschland!² Ein Spitzenverdiener muss in

¹ Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mehrwertsteuer>

² Deutschland gehört insofern zu den „extremen Niedrigsteuerländern“ (so Fritz W. Scharpf: *Sozialstaaten in der Globalisierungsfalle?* Vgl.

Deutschland nominal 42 Prozent Einkommenssteuer bezahlen – faktisch und durchschnittlich werden aber nur etwa 15 Prozent bezahlt!³ Kauft ein Besserverdienender hingegen ein dickes Auto, sagen wir: für 100.000 Euro, dann muss er – bei einem angenommenen MWST-Satz von 20 Prozent – stur 20.000 Euro Steuern zahlen. Ob er von 100.000 Euro Einkommen aber 20.000 Euro Einkommenssteuer wird zahlen müssen, steht hingegen in den Sternen.

Im Falle der Mehrwertsteuer gilt also ganz sozial gerecht: Wer viel konsumiert, zahlt *faktisch* viel Steuern, wer wenig konsumiert, zahlt faktisch wenig und oft, für Lebensmittel oder Bücher etwa, sogar nur den *verminderten* Mehrwertsteuersatz (wichtig für sozial Schwache). Und genau das gilt bei der Einkommenssteuer eben nicht: Wer viel verdient, zahlt *nicht unbedingt* viel Steuern!⁴

Nach dem bislang Gesagten scheint auch klar, warum eine Erhöhung etwa der Mineralölsteuer – als *das* Beispiel einer *ökologischen Lenkungssteuer* – ganz und gar nicht unsozial sein muss. Auch hier gilt zunächst: Wer viel Mineralöl verbraucht, zahlt viel, wer wenig verbraucht, zahlt wenig – und wer etwa als Radfahrer oder Fußgänger gar keines für Verkehrszwecke verbraucht, zahlt gar nichts (wie die meisten sozial Schwachen, die gar kein Auto haben). Auch im Falle der Erhöhung des Steueraufkommens aus ökologischen Lenkungssteuern gilt, dass es für ökosozial sinnvolle Zwecke ausgegeben werden kann: Ausbau des Sozialstaates, steuerliche und Abgabentlastung kleiner Lohneinkommen, ökologischer Umbau der Industriegesellschaft und Ausbau und Verbilligung des öffentlichen Verkehrssystems (Sozialtickets etc.), von der weit überproportional Menschen mit kleinen Einkommen profitieren würden, die auf die Nutzung von Bahn und Bussen angewiesen sind. Zudem würden durch einen ökologischen Umbau des Energie- und Verkehrssystems besonders sozial schwache Schichten profitieren. Gerade sie leben vorwiegend in städtischen Gebieten, die durch Verkehrslärm und –abgase belastet sind. Die Reichen wohnen schon im Grünen oder in den ruhigeren, besseren Stadtvierteln.

http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/people/fs/aktuelles2000rede_de.html).

³ Der Anteil der Einkommenssteuer (ohne Lohnsteuer) am gesamten Steueraufkommen ist nicht ohne Grund von 6,3 Prozent im Jahre 1991 auf 1,2 Prozent im Jahre 2004 gesunken. Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Einkommenssteuer>

⁴ Es ist natürlich denkbar, dass alle Steuerschlupflöcher (samt Ehegattensplitting) bei der Besteuerung der Einkommen (mehr oder minder) geschlossen werden. Und das *sollte* in der Tat getan werden. Nur würde das eine gewaltige steuerpolitische Anstrengung bedeuten, die Zeit, viel Zeit bräuchte – nicht umsonst propagieren fast alle Parteien seit Jahrzehnten ihren diesbezüglichen Willen, ohne jedes erkennbare Ergebnis vorweisen zu können. Eine Erhöhung der Mehrwert- und der Ökosteuern sowie der Spitzensteuersätze samt Umverteilung des erhöhten Steueraufkommens in das untere Einkommensdrittel und vor allem -fünftel würde aber sehr viel schneller zu machen sein – entsprechender politischer Wille und politische Mehrheiten natürlich vorausgesetzt. Aber ohne die geht – im Sinne einer volkswirtschaftlich wie sozialpolitisch notwendigen Umverteilung von oben nach unten – so und so gar nichts.